

Neue Strategie für den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bevölkerungsschutz : Zeitschrift für Risikoanalyse und Prävention, Planung und Ausbildung, Führung und Einsatz**

Band (Jahr): **4 (2011)**

Heft 11

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-357934>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bericht des Bundesrates

Neue Strategie für den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz

Anpassungen beim Dienstpflichtsystem, interkantonale Stützpunkte mit der notwendigen Ausrüstung und engere Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen: Dies sind wesentliche Eckpfeiler der Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+. Eine breit abgestützte Arbeitsgruppe hat den entsprechenden Bericht erarbeitet.

Der Bevölkerungsschutz muss für die Zukunft weiterentwickelt werden. Zu diesem Zweck hat eine Arbeitsgruppe aus Vertretern von Bund und Kantonen sowie der Partnerorganisationen unter der Leitung von Regierungsrat Josef Dittli (UR) einen Bericht zur Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ verfasst.

Bevölkerungsschutz

Das Verbundsystem Bevölkerungsschutz mit den Partnerorganisationen Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technische Betriebe und Zivilschutz funktioniert gut und vieles soll weitergeführt werden, z. B. die grundsätzliche Zuständigkeit der Kantone und die Zusammenarbeit mit der Armee. Gleichzeitig soll das System im Hinblick auf künftige Herausforderungen weiter verbessert werden. Es ist noch konsequenter auf die Bewältigung von natur- und technikbedingten Katastrophen und Notlagen auszurichten.

Im Einzelnen werden die folgenden neuen Elemente und Massnahmen vertieft geprüft:

- Verstärkung der Koordination zwischen den verschiedenen Partnerorganisationen auf gesamtschweizerischer Ebene;
- Sicherstellung der Interoperabilität durch Modernisierung und Ausbau von gemeinsamen technischen Systemen, insbesondere von Alarmierungs- und Informationssystemen und ausfallsicheren Kommunikationsinfrastrukturen;
- Klärung der Ansprechstellen auf Stufe Bund und Kantone für den Alltag und die Ereignisbewältigung;
- Bereinigung von Schnittstellen zwischen den Partnerorganisationen;
- Anpassung des Dienstpflichtsystems mit der Zielvorgabe, einen alternativen zivilen Dienst im Zivilschutz, in der Feuerwehr, im Gesundheitswesen oder in den sozialen Diensten aufzubauen.

Zivilschutz

Auch für den Zivilschutz gilt: Die letzte Reform hat sich bewährt und viele Elemente sollen beibehalten werden, so z.B. die föderalistische Organisation, die grundsätzliche Zuständigkeit der Kantone und die Werterhaltung der bestehenden Schutzbauten. Der Zivilschutz muss sich aber ebenfalls weiterentwickeln, damit er seine Rolle im Verbundsystem möglichst wirksam und effizient wahrnehmen kann.

Im Einzelnen werden die folgenden neuen Elemente und Massnahmen aufgegriffen:

- Überprüfung und Anpassung der aktuellen Bestände mit der Zielvorgabe, die aktuellen Bestände zu reduzieren und insbesondere die Reserve abzuschaffen;
- Schaffung von interkantonalen Stützpunkten mit spezialisierten personellen und materiellen Mitteln;
- Verbesserung der Interoperabilität durch Festlegung von gemeinsamen Standards in den Teilbereichen Führung, Ausbildung und Material.

Gemäss Planung soll der Bericht noch im Herbst 2011 in einer Vernehmlassung den Kantonen, Parteien und interessierten Verbänden zugestellt werden. Unter Berücksichtigung der entsprechenden Stellungnahmen soll der Bericht Anfang 2012 vom Bundesrat und parallel dazu von der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz, Feuerwehr (RK MZF) genehmigt werden. Im Anschluss daran wird er dem Parlament vorgelegt, danach können die Umsetzungskonzepte erarbeitet werden.